

EU-Nachrichten 12 2017

KURZ & KNAPP

Kulturgüter aus Drittstaaten 3

EU-Kommission will illegalen Handel unterbinden

IM FOKUS

Migrationspolitik 4

EU-Aktionsplan soll Italien entlasten

Vergabe von EU-Beihilfen 5

Neues Regelwerk soll Zugang zu Fördermitteln erleichtern

NEUE EU-KOMMISSARIN

Mariya Gabriel kümmert sich um die Digitale Wirtschaft

Die Bulgarin Mariya Gabriel ist seit dem 10. Juli die neue EU-Kommissarin für digitale Wirtschaft und Gesellschaft. Mit 38 Jahren ist sie die jüngste Kommissarin in der Kommissionsgeschichte. Sie übernimmt das Ressort von Günther Oettinger, der jetzt für Haushalts- und Personalfragen zuständig ist. Die Umbesetzungen waren nötig geworden, nachdem die frühere Haushaltskommissarin, die Bulgarin Kristalina Georgieva, zur Weltbank gewechselt war.

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker entschied, der von Sofia nominierten bisherigen Europaabgeordneten Gabriel das Digitalressort zu übertragen. Nach einer Anhörung im Europäischen Parlament und der Zustimmung durch Parlament und Mitgliedstaaten hat sie ihre Arbeit nun aufgenommen. Ihre Amtszeit endet wie die aller Kommissarinnen und Kommissare am 31. Oktober 2019.

■ *Neue Kommissarin für Digitales*



Vertreter der Interessen aller EU-Staaten: EU-Kommissionspräsident Juncker, hier auf dem Weg zum Gipfeltreffen mit Japan.

G20-GIPFEL UND HANDELSABKOMMEN MIT JAPAN

EU vertritt ihre Werte auf globaler Ebene

Die EU zählt zu den größten Wirtschaftsräumen der Welt. Da die Europäer ihre Wirtschaftspolitik miteinander abstimmen, haben die Vertreter der EU-Institutionen auch beim G20-Gipfeltreffen Sitz und Stimme. EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker und Donald Tusk, Präsident des Europäischen Rates, nutzen die Tage in Hamburg, um für die grundlegenden EU-Werte wie Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einzutreten.

> Sie setzten sich dafür ein, dass die EU-Politik Niederschlag in der G20-Schlussklärung fand: etwa beim Eintreten für Klimaschutz, nachhaltige Entwicklung, für Chancengleichheit beim Welthandel und beim Streben nach Wirtschaftswachstum, für die Partnerschaft mit Afrika und die Förderung von Digitalisierung und Bildung.

„Konstruktiv Politik mitgestalten können nur diejenigen, die gemeinsam etwas aufbauen, nicht diejenigen, die wutgetrieben zerstören“, sagte Juncker mit Blick auf den Gipfel und die Krawalle in Hamburg. „Ich habe Verständnis dafür, wenn Menschen gegen den

Kinderhunger in Afrika oder gegen die Folgen des Klimawandels oder der Globalisierung protestieren. Das sind Themen, die die Welt bewegen. Und das sind Themen, die wir beim G20 aufgegriffen haben und bei denen wir uns für gemeinsame Lösungen einsetzen, um die Welt zu einem besseren Ort zu machen“, so der Kommissionspräsident. Als Schritt in diese Richtung wertete er auch die nach gut vierjährigen Verhandlungen pünktlich zum G20-Gipfel erzielte Grundsatzvereinbarung mit Japan auf ein Wirtschaftspartnerschaftsabkommen. „Gemeinsam senden wir die klare Botschaft an die Welt, dass wir für offenen und fairen Handel stehen“, erklärte Juncker. >>

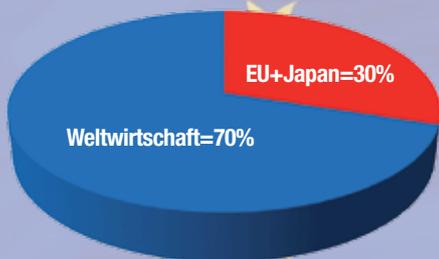
Deutsche Chemieindustrie könnte profitieren

Auf gewerbliche Waren aus der EU wie Chemikalien, Kosmetika oder Bekleidung werden die japanischen Zölle vollständig abgeschafft. Ein Profiteur ist die deutsche Chemieindustrie, für die Japan zu den großen Handelspartnern gehört. Laut VCI exportierten die deutschen Unternehmen im vergangenen Jahr Chemikalien und Pharmazeutika für 4,3 Milliarden Euro nach Japan. Gleichzeitig importierte die Branche entsprechende Erzeugnisse für gut 2,8 Milliarden Euro vom viertgrößten Chemieproduzenten der Welt. „Die Beziehungen mit Japan zeigen, welche Bedeutung Freihandel für die exportintensive deutsche Chemieindustrie hat“, sagte Hauptgeschäftsführer Utz Tillmann.

Im Mittelpunkt der Verhandlungen stehen aber nichttarifäre Handelshürden. Dazu zählen unter anderem Sicherheits- und Umweltschutzstandards für Autos, die angeglichen werden sollen. Mit dem Abkommen wird auch die Öffnung der Dienstleistungsmärkte angestrebt, vor allem für Finanzdienstleistungen, Telekommunikation, E-Commerce und Verkehr. Unternehmen aus der EU sollen Zugang zu den öffentlichen Ausschreibungen in 48 japanischen Großstädten erhalten. Auch Verbraucher- und Datenschutz soll geregelt werden. „Indem wir Beschlüsse anvisieren, mit denen die Angemessenheit des Datenschutzniveaus geprüft und bestätigt wird, unterstreichen wir, wie wichtig es uns ist, das Grundrecht auf den Schutz personenbezogener Daten zu wahren“, sagte Juncker. Sobald das Abkommen fertig ausgehandelt ist, wird es den EU-Staaten und dem Europäischen Parlament zur Genehmigung vorgelegt. (frh/ste) >

Grundsatzvereinbarung zwischen EU und Japan**Argumente statt Randalen**

„Ich höre gern zu, wenn mir Menschen etwas zu sagen haben. Das ist eine Selbstverständlichkeit, denn Politik hat den Menschen zu dienen“, betonte EU-Kommissionspräsident Juncker im Interview mit der Funke-Mediengruppe mit Blick auf die Demonstrationen beim G20-Gipfel. Er verurteilte dagegen die „sinnlose“ Gewalt in Hamburg. „Brennende Autos und fliegende Gullideckel mögen laut sein, aber ihre Botschaft erstickt im Lärm und Krwall“, sagte Juncker.

HANDEL ZWISCHEN DER EU UND JAPAN**Derzeit:****Globales Bruttoinlandsprodukt****EU-Exporte nach Japan:**

Waren für 58 Mrd. Euro/Jahr
Dienstleistungen für 28 Mrd. Euro/Jahr

**EU-Importe aus Japan**

Waren für 66 Mrd. Euro/Jahr
Dienstleistungen für 16 Mrd. Euro/Jahr

Erwartete Effekte des Handelsabkommens:

EU-Exporte von Waren und Dienstleistungen (insgesamt) nach Japan: +16 bis +24%
EU-Exporte verarbeiteter Lebensmittel nach Japan: +180%

Zollzahlungen von EU-Unternehmen:
-1 Mrd. Euro/Jahr



Quelle: EU-Kommission
Foto: Shutterstock

>> Japans Ministerpräsident Shinzo Abe nannte das Abkommen ein „Modell für die Freihandelsordnung im 21. Jahrhundert“. „Internationaler Handel und Investitionen sind wichtige Motoren für Wachstum, Produktivität, Innovation, für die Schaffung von Arbeitsplätzen und Entwicklung“, heißt es in der Schlusserklärung des G20-Gipfels. „Wir werden die Märkte offenhalten“, bekräftigen die G20-Chefs. Protektionismus und unfaire Handelspraktiken sollen bekämpft werden, die Rolle „legitimer Handelsschutzinstrumente“ wird ausdrücklich anerkannt.

Die G20 verabredeten auch, mehr dafür zu tun, damit die Vorteile freien Handels größeren Bevölkerungsgruppen zugutekommen und damit Menschen unterstützt werden, die Nachteile durch die Globalisierung haben. Auch gegen durch Überkapazitäten ausgelöste Dumpingpreise soll gemeinsam vorgegangen werden. So wurde das bereits eingerichtete Globale Forum zum Umgang mit Stahl-Überkapazitäten aufgerufen, bis November konkrete Vorschläge zur Lösung der Probleme im Stahlsektor zu machen. Diese Erklärungen passen zu den Aussagen Junckers und Tusks, dass Handel „nicht nur frei, sondern auch fair sein muss.“

EU erwartet deutlich mehr Japan-Exporte

Das Abkommen mit Japan sei ein Beispiel, wie das gelingen könne. Die EU erhofft sich Exportsteigerungen im Wert von 20 Mrd. Euro. Doch zunächst müssen noch „technische“ Details geklärt werden. Darunter die Frage, wie der Investitionsschutz geregelt werden soll. Dieses Kapitel wurde bei der Grundsatzvereinbarung ausgeklammert. Er erwarte aber keine Schwierigkeiten bei den weiteren Verhandlungen, sagte Juncker. Der Kommissionspräsident unterstrich, dass es in modernen Handelsabkommen „keinen Platz“ für private Schiedsgerichte zur Streitschlichtung zwischen Investoren und Staaten gebe. Die EU setze sich für den Aufbau eines internationalen Investitionsgerichtshofs ein.

Besonders große Vorteile soll das Abkommen den Landwirten und Lebensmittelherstellern in der EU bringen (siehe Grafik). Zudem wird für über 200 EU-Agrarerzeugnisse mit dem Gütesiegel „geschützte geografische Angabe“, wie Lübecker Marzipan oder Schwarzwälder Schinken, mit dem Abkommen in Japan künftig das gleiche Schutzniveau gelten wie in Europa.

KULTURGÜTER AUS DRITTSTAATEN

EU-Kommission nimmt den illegalen Handel aufs Korn

Der illegale Handel mit Ausgrabungsstücken, alten Manuskripten, Kunst und anderen Kulturgütern soll in der EU unterbunden werden. Die EU-Kommission hat Vorschläge für strengere Import- und Kontrollregeln gemacht. Damit sollen unter anderem Finanzierungsquellen von Terroristen und Kriminellen beschnitten werden. „Geld ist Sauerstoff für Terrororganisationen wie den IS“, sagte Frans Timmermans, Erster Vizepräsident der EU-Kommission. Der für Zoll und Finanzen zuständige Kommissar Pierre Moscovici sagte, der Schmuggel von Kulturgütern könne „das kulturelle Erbe der Staaten ernsthaft beschädigen, die ihre Interessen am wenigsten verteidigen können“.

Bisher gilt in der EU ein Einfuhrverbot für bestimmte Kulturgüter aus Syrien und dem Irak, doch kann dies über andere Länder umgangen

werden, auch weil es in der EU viele unterschiedliche nationale Vorschriften gibt. Künftig soll eine einheitliche Definition von Kulturgütern gelten, die unter die vorgeschlagene Verordnung fallen. Der Import von mindestens 250 Jahren alten Stücken in die EU soll gestoppt werden, wenn nicht nachgewiesen kann, dass sie legal auf den Markt kommen. Dafür sollen strengere Zertifizierungsvorschriften und ein Lizenzsystem für Importeure archäologischer Objekte, antiker Manuskripte und Bücher eingeführt werden.

■ *Schmuggel mit Kulturgütern Einhalt gebieten*



© Gennady Grechishkin / Shutterstock.com

GEFÄHRLICHE STOFFE IN PESTIZIDEN EU-Staaten befürworten neue Regeln

Bei der EU-Zulassung und Neuzulassung von Pflanzenschutzmitteln können wohl bald neue Kriterien zur Identifizierung hormonell schädigender Substanzen (endokrine Disruptoren) angewendet werden. Die EU-Staaten haben einer Verordnung mit Kriterien zur Bestimmung endokriner Disruptoren in den Substanzen, die unter die Pflanzenschutzverordnung fallen, zugestimmt. Diese Stoffe sollen dann verboten werden. Wenn Ministerrat und Europäisches Parlament nicht innerhalb von drei Monaten widersprechen, kann die EU-Kommission die Verordnung endgültig verabschieden.

Die Identifizierung der endokrinen Disruptoren, wozu gezielt hergestellte Stoffe aber auch natürlich vorkommende Pflanzeninhaltsstoffe wie Isoflavone zählen, soll auf der Grundlage der Definition der Weltgesundheitsorganisation erfolgen. „Einmal verabschiedet wird dieser Text sicherstellen, dass alle in Pestiziden enthaltenen Substanzen, die als endokrine Disruptoren für Menschen oder Tiere identifiziert sind, beurteilt und vom Markt genommen werden“, erklärte Gesundheitskommissar Vytenis Andriukaitis. Die neuen Kriterien sollen möglichst sofort beachtet werden und künftig auch für Biozide gelten. Die Kommission strebt gleiche Regeln auch für andere Produkte wie etwa Spielzeug, Kosmetik und Lebensmittelverpackungen an.

■ *Neue Regeln für endokrine Disruptoren*

EUROPÄISCHES SOLIDARITÄTSKORPS Vermittlung von Arbeitsstellen und Praktika nimmt Fahrt auf

Seit das Europäische Solidaritätskorps, in dem sich junge Leute gesellschaftlich im EU-Ausland engagieren können, im Dezember gegründet wurde, haben sich mehr als 32.000 Interessenten angemeldet. Seit März werden sie an anerkannte Organisationen vermittelt, die ihnen temporäre Arbeitsplätze oder Praktika bieten. Rund 350 erfolgreiche Vermittlungen gab es bisher, Ende 2020 soll das Solidaritätskorps 100.000 Mitglieder haben. Die französischen und italienischen Arbeitsverwaltungen haben nun zwei große Projekte gestartet, durch die bis 2019 rund 6.000 Plätze vermittelt werden sollen. In Berlin diskutierte EU-Haushaltskommissar Günther Oettinger mit rund 120 Interessierten über die Umsetzung des Solidaritätskorps in Deutschland.

„Das Projekt Europa hat die Aufgabe, zwischen unterschiedlichen Teilnehmern Solidarität zu ermöglichen“, sagte Oettinger. „Das Solidaritätskorps ist eine sinnvolle Ergänzung zum Bildungsprogramm Erasmus+, etwas europäischer Verbindenderes als das Korps wird es kaum geben“, sagte Richard Kühnel, der Vertreter der EU-Kommission in Deutschland. „Der Startschuss für das Programm ist ein positives Signal für weitere nachhaltig wirksame Initiativen zur Entwicklung eines europäischen Wir-Gefühls“, so Kühnel.

■ *Europäisches Solidaritätskorps*

WETTBEWERB NICHT GEFÄHRDET Übernahme von Opel durch Peugeot genehmigt

Die Europäische Kommission hat die Übernahme der General-Motors-Tochter Opel durch den französischen Autohersteller Peugeot ohne Auflagen genehmigt. Das Vorhaben werde auf den betroffenen Märkten keine wettbewerbsrechtlichen Probleme verursachen, urteilte sie. Der aus dem Zusammenschluss hervorgehende Autohersteller werde weiterhin einem starken Wettbewerb seitens anderer Hersteller ausgesetzt sein, so die Kommission.

Mit Blick auf die Herstellung und den Verkauf von Kraftfahrzeugen seien die gemeinsamen Marktanteile der beiden Unternehmen auf allen betroffenen Märkten vergleichsweise gering. Was die Groß- und Einzelhandelsmärkte betrifft, schloss die Kommission nachteilige Auswirkungen aus, da PSA und Opel unterschiedliche Vertriebskanäle nutzten und unabhängige Einzelhändler, Importeure und Händler hätten. Opel soll nach der Übernahme durch PSA Peugeot als eigenständige Firma im Konzernverbund erhalten bleiben. Opel verfügt in Europa über zehn Werke, drei davon in Deutschland, wo zusammengenommen mehr als 18.250 Mitarbeiter beschäftigt sind. Alleine am Stammsitz Rüsselheim hat die Adam Opel AG mehr als 14.000 Mitarbeiter. Zudem gibt es größere Werke in Spanien, Polen und Großbritannien.

■ *Grünes Licht für Übernahme*

EU-Aktionsplan soll Italien Entlastung bringen



Seit Jahren trägt Italien die Hauptlast bei der Aufnahme der über die zentrale Mittelmeerroute in die EU kommenden Migranten.

Angesichts der stark gestiegenen Zahl von Menschen, die aus Nordafrika über das Mittelmeer nach Italien kommen, sehen sich die italienischen Behörden an der Grenze ihrer Aufnahmefähigkeit. Die EU-Kommission hat einen Aktionsplan vorgelegt, wie Italien unterstützt und die Zahl der Migranten verringert werden kann. Dieser wurde von den EU-Innenministern begrüßt und bestätigt. Die Italiener hätten Anspruch auf die Solidarität ihrer Partner, sagte Frans Timmermans, der Erste Vizepräsident der EU-Kommission. Denn Italien habe in der Flüchtlingskrise Europa gegenüber „ein Ausmaß an Solidarität bewiesen, das in der neueren Geschichte nahezu beispiellos ist“, so Timmermans.

> „Die Notlage im Mittelmeerraum ist weder neu noch eine vorübergehende Erscheinung“, erklärte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker. „Wir haben in den vergangenen zwei-einhalb Jahren große Fortschritte in Richtung einer echten europäischen Migrationspolitik erzielt, doch müssen wir nun angesichts der Dringlichkeit der Lage unsere gemeinsame Aktion ernsthaft beschleunigen und dürfen Italien nicht im Stich lassen“, sagte er. Sofort könnten weitere 35 Mio. Euro aus dem EU-Haushalt bereitgestellt werden. Das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) könne mehr Teams schicken, um bei der Bearbeitung von Asylanträgen zu helfen, die neue Europäische Grenz- und Küstenwache könnte Italien stärker unter die Arme greifen und wenn gewünscht auch 500 Experten schicken, die bei der Rücksendung von Migranten ohne Bleiberecht helfen.

Mehr Wirtschaftsmigranten zurückschicken

Nach Italien kommen laut Timmermans sehr viele Menschen, die vor Armut in ihrer Heimat fliehen und dort keine wirtschaftliche Perspektive sehen. Das sei ein „nobler“ Grund, der aber keinen Anspruch auf Schutz in der EU zur Folge habe. Ein wesentlicher Punkt der EU-Migrationsstrategie sei, diese Migranten rascher in ihre Heimat zurückzubringen. „Das ist der einzige Weg, sicherzustellen, dass es in Europa weiterhin genügend Solidarität gibt, denen Asyl zu geben, die vor Krieg und Verfolgung fliehen“, sagte Timmermans. Die EU bemüht sich um Rücknahmeabkommen mit Herkunftsländern, arbeitet mit Transitländern daran, dass diese

Menschen nicht nach Europa geschleust werden und versucht zusammen mit der Internationalen Organisation für Migration (IOM), mehr Migranten in Libyen und Niger zur Rückkehr in ihre Heimat zu bewegen. Dafür will die EU auch mehr Geld bereitstellen.

Bekämpft werden sollen die Schlepper und Menschenschmuggler, die an den Migranten verdienen. Die EU unterstützt auch hier vielfältige Aktivitäten, etwa ihrer Mitgliedstaaten oder in Libyen, wo zum Beispiel die Südgrenze besser gesichert, die Kapazitäten der Behörden zur Betreuung der Migranten verbessert, die Küstenwache gestärkt und ein voll funktionsfähiges Seenotrettungszentrum aufgebaut werden sollen.

Legale Wege für Flüchtlinge öffnen

Um die legale Migration von Schutzbedürftigen zu erleichtern und ihnen die Flucht über das Mittelmeer zu ersparen, will die EU-Kommission neue Zusagen der Mitgliedstaaten zur Übernahme von Flüchtlingen aus Libyen, Ägypten, Niger, Äthiopien und dem Sudan erreichen und dafür auch Geld bereitstellen. Das UN-Flüchtlingshilfswerk soll helfen, schutzbedürftige Menschen zu identifizieren.

Die EU-Kommission appellierte erneut an die Mitgliedstaaten, Italien wie vereinbart Flüchtlinge abzunehmen, die dort angekommen sind. „Es würde schon viel ändern, wenn die Mitgliedstaaten tun würden, was sie beschlossen haben“, mahnte Timmermans. Laut dem 2015 mit Mehrheit gefassten Beschluss sollen Itali-

en bis September zumindest 34.953 der dort angekommenen Flüchtlinge abgenommen und auf andere EU-Staaten verteilt werden. Bisher sind aber laut Kommission lediglich 6.896 Menschen weitergereist, Aufnahmezusagen gibt es für 12.942 Menschen. Deutschland und Frankreich haben angekündigt, ihre Zusagen zu erhöhen. Allerdings wurde auch Italien ermahnt, rascher die Voraussetzungen für Umsiedlungen zu schaffen und Asylverfahren zu beschleunigen.

Gebilligt wurde von den EU-Ministern der Plan, einen Verhaltenskodex aufzustellen, auf den Rom alle Hilfsorganisationen verpflichten will, die Flüchtlinge in Italien an Land bringen. Timmermans sagte, solch ein Kodex könne Klarheit schaffen und vermeiden, dass unabsichtliche Anreize für Schleuser entstünden, noch mehr Menschen aufs Meer zu schicken. (frh) >

Aktionsplan zur Unterstützung Italiens

Konferenz am 24. Juli in Tunis

Bei einer Ministerkonferenz in Tunis wollen die EU-Staaten und nordafrikanische Länder am 24. Juli weiter darüber beraten, wie sich die irreguläre Migration über das Mittelmeer verringern und besser steuern lässt. Gleichzeitig wollen die EU-Staaten weiter daran arbeiten, das gemeinsame Asylrechtssystem an den gestiegenen Migrationsdruck anzupassen. Vorschläge der EU-Kommission dafür liegen auf dem Tisch.

EXPERTENGRUPPE SCHLÄGT REFORM DES REGELWERKS VOR

Zugang zu EU-Fördermitteln könnte ab 2020 einfacher werden

Wenn nach 2020 die neue mittelfristige Finanzplanungsperiode der EU beginnt, sollen Unternehmen, Forscher, Bürger und die Träger von Projekten, etwa zur regionalen Entwicklung oder der Förderung des sozialen Zusammenhalts, leichter an EU-Fördermittel kommen. Eine 2015 von der EU-Kommission eingesetzte Expertengruppe hat jetzt Vorschläge gemacht, wie das oft unübersichtliche und sich überschneidende europäische und nationale Regelwerk zur Vergabe von EU-Mitteln deutlich vereinfacht werden könnte. Damit könne die EU dafür sorgen, dass ihre oft dringend benötigten, aber begrenzten Fördermittel bestmöglich genutzt werden, betonte EU-Haushaltskommissar Günther Oettinger.



Die EU fördert zum Beispiel die Entwicklung ländlicher Regionen. Etwa durch den Einsatz moderner Technik in der Landwirtschaft.

> „Ich glaube, dass wir in den vergangenen Jahren etwas zu viel an Kontrollen, an Verwaltung und an Meldeauflagen aufgebaut haben“, sagte Oettinger. Von kleinen und mittleren Unternehmen höre er häufig, dass sie auf EU-Fördermittel verzichteten, weil ihnen die Antragstellung und die Auflagen zu kompliziert seien. Ähnliches gelte für Landwirte, „die lieber auf dem Feld und im Stall arbeiten, als zu lange an den Schreibtisch gebunden zu sein“. Die Kommission wolle mit den vorgeschlagenen Reformen den Zugang zu den EU-Mitteln „wieder erleichtern“, so Oettinger. Gerade in den weniger wohlhabenden Mitgliedstaaten sind diese oft eine sehr wichtige Quelle für dringend nötige öffentliche Investitionen. „Wir sollten uns auf das konzentrieren, was zählt, nämlich das Leben der Bürgerinnen und Bürger überall in Europa zu verbessern“, sagte EU-Regionalkommissarin Corina Crețu.

Nationalen Verfahren vertrauen

Oettinger betonte, dass es auf die richtige Balance zwischen einer Entrümpelung des Regelwerks und Kontrollen zum Schutz vor Missbrauch, Betrug und Korruption ankomme. Laut dem Expertenbericht hat die Furcht vor Missbrauch und Fehlern beim Umgang mit EU-Geldern dazu geführt, dass häufig Programme und Anträge von mehreren Stellen auf nationaler und EU-Ebene nach unterschiedlichen Regeln geprüft würden. Künftig solle man sich bei der konkreten Programmabwicklung viel stärker auf die nationalen Regeln verlassen, lautet die Empfehlung. Die Kommission solle

lediglich zu Beginn der Förderperiode prüfen, ob es geeignete Verfahren und Kapazitäten zur Programmkontrolle gibt, so wie sie das bisher schon tue. Oettinger sagte, ein solches Vertrauen sei „gerechtfertigt“. Denn die Verwaltung in allen Mitgliedstaaten sei in den vergangenen Jahren „viel besser geworden“.

Ex-EU-Kommissar Siim Kallas, der Vorsitzende der Expertengruppe, sagte, Hauptempfehlungen seien „weniger Regeln und mehr Flexibilität und Verantwortung für Entscheider“. Zu den Ratschlägen gehören etwa:

> Vorschriften straffen. In der Kohäsionspolitik gebe es etwa allein auf EU-Ebene Verordnungen von über 600 Seiten und Leitlinien von über 5.000 Seiten. Das solle deutlich gekürzt werden, und die Regel solle gelten, dass für jede neue Anforderung eine bestehende abgeschafft wird.

Kontrollen auf vielen Ebenen

Der Einsatz von EU-Geldern und ergänzenden nationalen Mitteln wird von zahlreichen Stellen der Mitgliedstaaten überwacht. Auf europäischer Ebene kontrollieren die EU-Kommission und das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung OLAF. 20 Mitgliedstaaten bauen zudem gerade eine Europäische Staatsanwaltschaft auf, die auch strafrechtlich gegen Missbrauch des EU-Haushalts vorgehen kann.

- > Prüfungen, besonders bei kleinen Organisationen und Unternehmen, sollten beschränkt werden und durch nationale Stellen erfolgen. Zusätzliche Prüfungen nur dort, wo es erwiesenermaßen Probleme gibt.
- > Institutionen für die Mittelvergabe, Formulare, Verfahren, IT-Systeme sollten sich nicht alle sieben Jahre mit einer neuen Finanzierungsperiode ändern.
- > Regeln, etwa zur Zulässigkeit staatlicher Beihilfen oder für öffentliche Ausschreibungen, sollen für alle EU-Fonds gleichermaßen gelten, um die Möglichkeit zu verbessern, mehrere gleichzeitig zu nutzen. Die bessere Kombination von Fördermitteln ist für Oettinger ein Schwerpunkt der angestrebten Reform.

Wichtig sind die Vorschläge vor allem für die Regional- und Strukturförderung. Durch Regionalförderung sollen ärmere Gebiete wirtschaftlich Anschluss an wohlhabendere Gegenden finden. EU-weit stehen von 2014 bis 2020 für Regional- und Kohäsionspolitik 351,8 Mrd. Euro zur Verfügung, für Deutschland sind es 18,3 Mrd. Euro. Außerhalb der Regionalpolitik sind etwa der Europäische Fonds für Strategische Investitionen (EFSI), das Forschungsprogramm „Horizont 2020“ und das Mittelstandsprogramm „Cosme“ wichtige Fonds, von denen auch viele Begünstigte in Deutschland profitieren. (frh) >

■ *Einfachere Regelungen für EU-Beihilfen*

Deutsche Städte können viele Stärken vorweisen



München punktete im neuen Kulturmonitor etwa mit seinem Musikangebot. Hier ein Open-Air-Konzert der Münchner Philharmoniker auf dem Odeonsplatz.

Das kulturelle Leben in einer Stadt und die Kreativität ihrer Einwohner beeinflussen nach Überzeugung der EU-Kommission maßgeblich auch die sozialen Verhältnisse und die Wirtschaftskraft. Kultur und kreative Berufe sollen deshalb in der europäischen Politik eine höhere Bedeutung bekommen. „In Zeiten großer gesellschaftlicher Veränderungen und eines schärferen weltweiten Wettbewerbs zwischen Städten müssen wir über die traditionellen Quellen von Wachstum und sozio-ökonomischen Wohlstands hinausblicken und untersuchen, welche Rolle Kultur in lebendigen, innovativen und vielfältigen Städten spielt“, sagte Tibor Navracsics, der für Bildung, Kultur, Jugend und Sport zuständige EU-Kommissar.

> Einen Schritt in diese Richtung hat die Kommission mit der Publikation eines ersten Städtevergleichs im Hinblick auf Kultur und Kreativität gemacht. Die 15 untersuchten deutschen Städte schnitten dabei ordentlich ab, vor allem im Hinblick auf „Kreative Wirtschaft“. Der neue Anzeiger wurde vom wissenschaftlichen Dienst der Kommission entwickelt. Die für die erste Edition des „Monitors“ ausgewählten Kommunen waren entweder schon einmal „Europäische Kulturhauptstadt“, gehören zur Liste der „Kreativen Städte“ der UNESCO oder beheimaten regelmäßig mindestens zwei internationale Kulturfestivals. Außerdem wurden alle Hauptstädte der 30 untersuchten Staaten berücksichtigt.

Hauptstädte nicht automatisch Spitze

Der Vergleichsmonitor „zeigt erfolgreiche europäische Städte, die ihren eigenen Weg gefunden haben, das Potenzial von Kultur und Kreativität zu nutzen, um Entwicklung, Innovation und Ar-

beitsplatzaufbau voranzutreiben und die Lebensqualität für ihre Bürger zu verbessern“, sagte Navracsics. Da viele Indikatoren pro Einwohner verglichen werden, schneiden große Metropolen nicht immer besser ab als kleinere Städte. Das irische Limerick liegt beispielsweise bei der Ausstattung mit Museen vor Paris oder Lissabon. Auch sind die Hauptstädte nicht immer nationale Spitze bei Kultur und Kreativität. In Deutschland, Österreich, Belgien, Italien, Polen, Spanien, den Niederlanden und Großbritannien werden sie etwa von anderen übertroffen. Jedoch ermöglicht der Anzeiger laut Kommission immer auch einen Vergleich gleich großer und ähnlicher Städte, um Missinterpretationen zu vermeiden.

München und Stuttgart weit vorn

Auch die Stärken und Verbesserungsmöglichkeiten von 15 deutschen Städten werden in dem Anzeiger analysiert. Unter den 21 größten „XXL“-Städten belegt München einen hervorragenden zweiten Rang auf dem Feld „Kreative Wirtschaft“. Dazu trägt laut Kommission die Innovationsstärke bei und die Position als einer der weltweit führenden Verlagsstandorte mit etwa 250 Niederlassungen. Auch das große Musikangebot Münchens mit einem Weltklasse-Philharmonieorchester (siehe Foto), dem Opernfestival und dem vor allem für Jazz renommierten Plattenlabel ECM wird gewürdigt.

Stuttgart belegt unter 34 verglichenen „XL“-Städten Platz eins bei „Kreativer Wirtschaft“ vor allem dank seiner vielen Urheberrechtsanmeldungen. Software- und Spieleentwicklung,

Verlage und Werbeagenturen dominierten den kreativen Sektor, heißt es, aber auch die kulturelle Lebendigkeit und die Staatsoper werden hervorgehoben. Karlsruhe kommt unter 36 „L“-Städten auf Rang zwei bei „Kreativer Wirtschaft“. Maßgeblich dazu beigetragen habe der „Karlsruhe Masterplan 2015“, der viele Projekte angestoßen habe wie etwa den Kreativpark „Alter Schlachthof“. Dort würden heute rund 1.600 Kreative arbeiten und es entstünden neue Jobchancen im Kultursektor.

Auch Berlin, Frankfurt, Nürnberg und Heidelberg belegen in ihren Größenklassen Top-Ten-Plätze bei „Kreativer Wirtschaft“. Weimar kommt in der Klasse der „S-M“-Städte auf Rang fünf bei „Kultureller Lebendigkeit“. Verglichen wurden 29 Indikatoren in drei Hauptbereichen:

- > Kulturelle Lebendigkeit. Gemessen etwa durch die Zahl kultureller Einrichtungen wie Museen und Konzerthallen und deren Nutzung.
- > Kreative Wirtschaft. Gemessen durch die Zahl der Beschäftigten im kulturellen und kreativen Sektor, durch dort neu entstehende Jobs oder die Zahl der Patentanmeldungen im Sektor Informations- und Kommunikationstechnologie.
- > Unterstützendes Umfeld. Gemessen unter anderem an Bildungseinrichtungen, Verkehrsanbindung, Qualität der Verwaltung oder Niveau des Vertrauens, das Befragte ihren Mitbürgern entgegenbringen. (frh) >

Die ideale Stadt

Ideal im Hinblick auf Kultur und Kreativität wäre laut Kommission eine Stadt mit der Dichte der Kultureinrichtungen des irischen Cork, der kulturellen Attraktivität und dem Angebot an kreativen Jobs von Paris, dem Innovationspotenzial von Eindhoven, dem Zuwachs an kreativen Arbeitsplätzen des schwedischen Umea, der Offenheit und Toleranz von Glasgow, den Verkehrsverbindungen von Utrecht und der Verwaltungsqualität von Kopenhagen.

■ *Vergleichsmonitor zu Kultur und Kreativität*

DATUM	THEMA	ORT	KONTAKT
> 17.07.2017 19.00–21.30 Uhr	„Die EU der Zukunft: Machen wir das Beste draus! Brexit, Weißbuch und Co.: Wie geht es weiter mit der EU 27?“ Podiumsdiskussion Veranstalter: Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Regionalbüro Gummersbach	Europäische Kommission Regionalvertretung Bonn Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 53111 Bonn	https://shop.freiheit.org/#/Veranstaltung/ek2c1
> 18.07.2017 19.00–21.00 Uhr	„Sammelklagen in der EU – Fluch oder Segen für den Verbraucherschutz?“ Podiumsdiskussion Veranstalter: Europabüro Augsburg	Augsburger Rathaus Rathausplatz 2 86150 Augsburg	www.europa.augsburg.de/index.php?id=16387
> 19.07.2017 19.00–21.30 Uhr	„Die EU der Zukunft: Machen wir das Beste draus! Brexit, Weißbuch und Co.: Wie geht es weiter mit der EU 27?“ Podiumsdiskussion Veranstalter: Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Regionalbüro Gummersbach	Factory Hotel An der Germania Brauerei 5 48159 Münster	https://shop.freiheit.org/#/Veranstaltung/HZE04
> 20.07.2017 10.15–16.00 Uhr	„Was hat Klimaschutz mit Essen zu tun?“ Informationsveranstaltung mit Stadtführung und Spaziergang über den Herdecker Wochenmarkt Veranstalter: Informationsbüro für Hagen und die Märkische Region	Treffpunkt Hauptbahnhof (Eingang) 58313 Herdecke	www.hagen.de/web/media/files/fb/edh/einladungen/2017/17-07-20_Einladung_und_Programmablauf_Klimawandel_und_Essen.pdf
> 20.07.2017 18.00 Uhr	„Sicherheit in und durch die EU? Herausforderungen an europäische Terrorismusbekämpfung“ Podiumsdiskussion Veranstalter: Europa Union Deutschland Kreisverband Tübingen	Eberhard-Karls Universität Geschwister-Scholl Platz 72070 Tübingen	www.europatermine.de/termine/datum/2017/juli/20/termin/einzel/sicherheit_in_und_durch_die_eu.html
> 25.07.2017 18.00 Uhr	„In welchem Europa wollen wir leben? Visionen für ein Europa der Zukunft“ Podiumsdiskussion Veranstalter: Europe Direct	Festsaal Rathaus St. Johann Am Rathausplatz 66111 Saarbrücken	www.saarbruecken.de/de/leben_in_saarbruecken/veranstaltungs-kalender/veranstaltungs_detailseite/event-5927f955c6172/date-116482
> 25.07.2017 19.00 Uhr	„Die Ukraine zwei Jahre nach dem zweiten Minsker Abkommen – und noch immer kein Frieden in Sicht?“ Talkshow Veranstalter: Europäische Akademie Berlin	Europäische Akademie Berlin Bismarckallee 46-48 14193 Berlin	www.eab-berlin.eu/event/die-ukraine-zwei-jahre-nach-dem-zweiten-minsker-abkommen-und-noch-immer-kein-frieden-in-sicht/
> 26.07.2017 17.15 Uhr	„Die Europäische Union ohne Großbritannien. Fragen und Perspektiven“ Diskussionsveranstaltung Veranstalter: Europa Zentrum Baden-Württemberg, Europe Direct Informationszentrum Stuttgart	Rathaus Stuttgart Marktplatz 1 70173 Stuttgart	http://europa-zentrum.de/die-europaeische-union-ohne-grossbritannien-fragen-und-perspektiven/
> 27.07.2017 18.30 Uhr	„Ein soziales Europa: Was tut die EU für den sozialen Zusammenhalt?“ Bürgerdialog Veranstalter: Europe Direct-Informationszentrum Nürnberg, Europa-Union Kreisverband Nürnberg	Historischer Rathaussaal Rathausplatz 2 90403 Nürnberg	www.nuernberg.de/internet/eu_buero/aktuell_51852.html

> Alle Termine zum Nachlesen und Anklicken finden Sie auch noch einmal hier: https://ec.europa.eu/germany/news/eu-newsletter_de

IMPRESSUM



Vertretung in Deutschland

Herausgeber:

Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:

Leitung: Richard Kühnel
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

Regionalvertretung in Bonn:

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Regionalvertretung in München:

Bob-van-Benthem-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:

Reinhard Hönighaus, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)
Frank Hütten, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski
MBI Martin Brückner Infocource GmbH & Co. KG • Gutleutstraße 89
• 60329 Frankfurt am Main • E-Mail: cp.contact@mbi-infocource.de

Herstellung:

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH
Klimaneutral gedruckt und mit FSC®-Zertifizierung als Nachweis der Holzherkunft aus guter Waldbewirtschaftung.



Haftungsausschluss:

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keinster Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook  und folgen Sie uns auf Twitter 

WEBSEITE „WIRTSCHAFT-4U“

Jugendliche erklären die Europäische Union



Wirtschaftsthemen einfach und unterhaltsam erklären: Das ist das Ziel von wirtschaft-4u.de, der Jugendwebseite des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi). Dort finden sich Erklärfilme, interaktive Grafiken und Spiele sowie für junge Leute geschriebene Texte zum Beispiel zur Sozialen Marktwirtschaft, zur Energiewende oder zu Schülerfirmen. Seit kurzem gibt es auch eine neue Rubrik zum Thema „Europäische Union“.

Die Inhalte wurden zusammen mit Schülern der Klassen 6 bis 8 entwickelt. Zum Einstieg in die Europa-Rubrik gibt es Grundwissen über die EU. Es folgen speziellere Themen wie eine Erklärung zum Brexit und Beschreibungen von EU-geförderten Projekten für Kinder und Jugendliche in Deutschland. Beim Quiz „Wie gut kennst Du Europa?“ können Besucher der Seite ihr Wissen testen.

■ [Wirtschaft-4u](#)

MIT ERASMUS MUNDUS ZUM MASTER

38 neue internationale Studiengänge im Angebot

186 Universitäten innerhalb und außerhalb der EU bieten gemeinsam mit fast 600 Partnerorganisationen Studierenden mit einem ersten Hochschulabschluss die Möglichkeit, ihren Master im Rahmen eines internationalen Erasmus Mundus Studiums zu erwerben. Dieses findet in mindestens zwei Ländern statt. Die EU-Kommission hat nun weitere 38 Studiengänge ausgewählt. „Sie bieten innovative und hochwertige Absolventenprogramme, immer mit dem Fokus auf die Beschäftigungsfähigkeit der Graduierten“, sagte EU-Bildungskommissar Tibor Navracsics.



In Deutschland bietet zum Beispiel die Technische Universität München einen Erasmus Mundus Masterabschluss im Bereich Kartographie zusammen mit der Technischen Universität Wien, der Technischen Universität Dresden und der Universität im niederländischen Twente an. Teilnehmer können sich um EU-finanzierte Stipendien bewerben.

■ [38 neue Erasmus Mundus Master-Studiengänge](#)

EU-VERBRAUCHERRECHT AUF DEM PRÜFSTAND

Bürgerinnen und Bürger können Verbesserungsvorschläge machen



Die Verbraucherinnen und Verbraucher in der EU haben bereits zahlreiche Rechte. Es gibt nach Ansicht der EU-Kommission aber noch Raum für Verbesserungen. Deshalb hat sie nun eine öffentliche Befragung eröffnet. Alle Interessierten können ihre Vorschläge und Anmerkungen bis zum 4. Oktober über das Internet abgeben.

Unter anderem geht es in der Konsultation um Rechte, die für Online-Marktplätze gelten, und um Online-Dienstleistungen, die von den Konsumenten nicht mit Geld sondern durch Preisgabe von persönlichen Daten bezahlt werden. Außerdem sollen Vorschläge für Entschädigungsregeln oder Rechtsmittel für Personen gesammelt werden, die von unfairen Handelspraktiken betroffen sind. Die Kommission möchte auch wissen, welche Rechtsvorschriften inzwischen eventuell veraltet oder mit zu viel Verwaltungsaufwand verbunden sind.

■ [Öffentliche Konsultation zum EU-Verbraucherrecht](#)

FAKTENCHECK

17 Aussagen zur Europapolitik auf den Prüfstand gestellt

In einer Zeit, in der öffentliche Meinung maßgeblich von elektronischen Medien und sozialen Netzwerken mitbestimmt wird, ist die Gefahr von Meinungsmache durch Verkürzungen und Halb- oder Unwahrheiten besonders groß. Auch die EU oder die Europapolitik sind oft Zielscheibe ungerechtfertigter Schuldzuweisungen und nicht fundierter Behauptungen. Das Institut für Europäische Politik (IEP) hat im Rahmen des Projekts „The Truth about Lies on Europe“ einige öffentliche Aussagen auf den Prüfstand gestellt und die Ergebnisse der Recherchen in Form von 17 Faktenblättern und drei Hintergrundpapieren veröffentlicht.

Die Papiere beschäftigen sich mit den Themenkomplexen „Migration/Asyl“, „Währungsunion/Finanzpolitik“ und „Politisches System und Demokratiefragen der EU“. Überprüft werden etwa Aussagen wie aus dem Asylrecht werde ein Ansiedlungsprogramm gemacht oder die Europäische Zentralbank überschreite mit Wertpapierankaufprogrammen ihre Kompetenzen. An den Analysen waren auch das Progressive Zentrum und die Stiftung Mercator beteiligt.

■ [TruLies Europe](#)